



Landesweiter Schulbesuchstag: Im Rhein-Hunsrück-Kreis besuchten Thomas Auler (FDP, links) und Hans-Josef Bracht (CDU, rechts) die IGS in Kastellaun und das Kant-Gymnasium in Boppard. Gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern erörterten sie die glücklichen und traurigen Momente deutscher Geschichte wie Mauerfall und Reichspogromnacht.

Foto: Suzanne Breitbach

Hans-Josef Bracht

„Vertretungsverträge sind nur Notlösungen“

CDU: Landesregierung redet Situation bei der Unterrichtsversorgung schön

Die Landesregierung solle die schwierige Situation an vielen Schulen im Land nicht länger schönreden, forderte die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Bettina Dickes. Sie müsse sich endlich der berechtigten Kritik unter anderem des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) stellen und bestehende Probleme etwa im Bereich des Lehrermangels, der Unterrichtsversorgung, oder auch der unterdurchschnittlichen Bezahlung beseitigen.

Die Kritik des VBE gebe die Wahrnehmung der Eltern und Schüler wieder und werde in Teilen auch von den Ergebnissen einer Großen Anfrage der CDU-Landtagsfraktion bestätigt. So habe die Landesregierung dort zugeben müssen, was sie jetzt bestreite: im Schuldienst unterrichten nicht zwei Prozent, sondern zusammen mit den PES-Kräften (zusätzliche Betreuungskräfte) bis zu zwölf Prozent der Lehrkräfte ohne pädagogische oder fachliche Ausbildung, so Dickes.

Die Landesregierung müsse endlich ihre „Bildungspolitik light“ zu den Akten legen. Die bestehenden Probleme gebe es nur, weil über Jahre zu wenig Lehrer eingestellt worden seien. Diese Lücken könnten von Vertretungskräften ohne Lehramtsprüfung nicht dauerhaft geschlossen werden. Voraussetzung für einen Unterricht nach hohen pädagogischen Standards seien Lehramtsstudium und Vorberei-

tungsdienst. Vertretungsverträge seien daher nur eine Notlösung, mit denen die Landesregierung ihre Versäumnisse kaschieren wolle.

Die Große Anfrage der CDU-Landtagsfraktion, so Dickes, bestätige auch die Aussage des Verbandes zur Pensionierungswelle in den kommenden Jahren. Die vorliegenden Daten legten nahe, dass sich die Pensionierungszahlen

je nach Fach verdoppeln bis zu verdreifachen werden. Fachleute prognostizierten ohne Berücksichtigung von zusätzlichen Maßnahmen für die individuelle Förderung und den Ausbau der Ganztagschulen einen durchschnittlichen Einstellungsbedarf von jährlich gut 1500 Vollzeitlehrerstellen. Dies sei mit den aktuellen Seminarplätzen nicht abzudecken, so Dickes.

Kleinere Klassen gefordert

FDP: Mehr Freiheit bei Personalauswahl

Anlässlich der durch die Landesregierung vorgestellten Zahlen zur Unterrichtsversorgung forderte die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion Nicole Morsblech mehr Freiheit für die Schulen bei der Personalauswahl, um dem jeweiligen Profil der Schule besser Rechnung tragen zu können.

Zudem gebe es an den rheinland-pfälzischen Schulen zu wenige Möglichkeiten zur Differenzierung im Unterricht. Gerade nach der Schulstrukturreform werde die Leistungsbreite in den Klassen immer größer, so dass die Notwendigkeit zunehme, noch stärker auf die einzelnen Schüler einzugehen. Das setze jedoch kleinere Klassen vor-

aus. „Insbesondere an den Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen sind die Klassen nach wie vor viel zu groß“, sagte Morsblech. Zudem müssten neben den Lehrkräften auch andere Professionen wie Schulsozialarbeiter künftig stärker mit einbezogen werden.

Problematisch sei auch, dass den zur Vertretung eingestellten Lehrkräften häufig eine vollständige Lehrerausbildung fehle. Sie unterstütze deshalb Forderungen von Lehrverbänden, Mittel für Vertretungsunterricht in Beamtenstellen umzuwandeln, um eine größere Kontinuität und damit auch eine bessere Unterrichtsqualität zu erreichen, so Morsblech.